

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postämter in Betracht gezogen. Einzelhefte kosten für Deutschland, Tschechien, Polen, Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußens M. 2.—, für das übrige Ausland M. 3.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 69

Die preisgünstigste Anzeigenart ist die der Tagesblätter. Die Tagesblätter sind die besten für die Anzeigen. Die Tagesblätter sind die besten für die Anzeigen. Die Tagesblätter sind die besten für die Anzeigen. Fernsprecher: Zentrum 152 30 - 152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Handstreich Erzkaifer Karls

Monarchistischer Putsch in Westungarn

Wie wir bei Redaktionschluss erfahren, ist Kaiser Karl in Oedenburg mittels Luftschiff gelandet. Die Truppen sind auf ihn vereidigt worden. Es handelt sich um Truppen, die bisher auf Seiten Horthy's standen. Der Bahnverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn ist von den Banden unterbrochen worden. Es ist im Augenblick noch nicht sicher, wohin sich die auf Habsburg vereidigten Truppen wenden, ob nach Wien oder nach Budapest. Horthy war in diesem Augenblick nicht für ein neues faschistisches Abenteuer. Die leichte Vereidigung der Truppen auf Kaiser Karl beweist aber, daß Horthy in der Armee geringe Unterstützung hat. Gleichgültig, ob die Truppen zunächst gegen Budapest oder gegen Wien sich wenden, so bedeutet das Ereignis eine ganz außerordentlich akute konterrevolutionäre Gefahr für ganz Mitteleuropa.

Wien, 22. Oktober.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine ihr nachts zugegangene Meldung, daß der frühere Kaiser Karl gestern in Ungarn angekommen sei. Das Blatt fügt hinzu, ob die sehr bestimmt aufgetretene Meldung wirklich zutrefte, könne im Augenblick noch nicht festgestellt werden, doch seien die nötigen Vorkehrungen hier bereits in allen Punkten getroffen.

Entweder — oder

Gegen die Politik des Irrsinns

Der „Vorwärts“ spricht endlich heute das Wort aus, das die ganze Bedeutung der Krise enthüllt, das aber auch für die Entscheidung wichtig werden kann. Er sagt, wenn das Kabinett Wirth jetzt über die oberösterreichische Frage stürzt, dann wachse die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich an Stelle der Regierung Wirth eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, in der dann naturgemäß der Rechten die Führung zufallen wird.

Damit ist die Frage endlich klargestellt und wenn die rechtssozialistische Fraktion die notwendige Festigkeit zeigt, dann ist das elende Intrigenspiel durchkreuzt, die jetzige Situation auszunutzen, um eine Regierung der Deutschen Volkspartei herbeizuführen, in der die Rechtssozialisten nur ein dienendes Werkzeug der Reaktion sein könnten. Denn nach dem ganzen Verhalten der Deutschen Volkspartei kann auch nicht mehr der geringste Zweifel darüber walten, daß eine Regierung, an der sie sich beteiligen, eine völlige Kursänderung in der inneren und äußeren Politik, eine ausgesprochene Rechtschwenkung bedeutete.

Auch das ist so klar, daß eine rein bürgerliche Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht etwa, wie die Regierung Fechenbach-Simons auf die Neutralität eines Teiles der Arbeiterklasse zu rechnen hat. Wir machen den Irrsinn, der jetzt die Politik der bürgerlichen Parteien zu beherrschen scheint, unter keinen Umständen mit. Es ist Irrsinn, wenn jetzt darüber gestritten werden soll, ob wir die oberösterreichische Entscheidung annehmen oder ablehnen sollen. Wir sind in derselben Zwangslage, die uns der freventlich herbeigeführte und schmachlich verlorene Krieg immer wieder gebracht hat. Es war töricht und unmöglich, die Politik der Ablehnung zu befürworten, als es sich um die Annahme des Versailler Friedensvertrages handelte. Nach der Annahme des Friedensvertrages, nach der Annahme des Ultimatums, jetzt zum dritten Mal dieselbe Frage aufzuwerfen, ist schlechthin wahnhaftig. Das umso mehr, da ablehnen jetzt heißt, die für Deutschland günstigeren Teile der Entscheidung abzulehnen. Denn die wirtschaftlichen Bestimmungen mildern die politischen und schränken sie zu einem guten Teile ein. Glaubt jemand, daß wenn jetzt erst abgelehnt wird, die französisch-polnische Politik nicht den Anlaß benutzen wird, um ihr altes Ziel, die uneingeschränkte Souveränität über den ihr zufallenden Teil zu erhalten? Und sollen wirklich alle Aussichten auf eine Besserung der deutschen Lage verschüttet werden, um den Bedürfnissen der deutschnationalen Parteidemagogie zu genügen? Wenn die Demokraten sich vor der Deutschen Volkspartei fürchten, die Deutsche Volkspartei vor den Deutschnationalen und das Zentrum allein mit den Rechtssozialisten Politik zu machen ebenfalls Angst hat, so mögen die bürgerlichen Parteien diese Politik feiger Verantwortungslosigkeit allein treiben. Aber sie sollen sich bewußt sein, daß sie der schärfsten Opposition der gesamten Arbeiterklasse begegnen werden. Die Arbeiterklasse hat nicht die geringste Lust, zum zweitenmal das Opfer derjenigen zu werden, die den Krieg ange-

zettelt und verloren haben, die für den Verlust Oberschlesiens die allein Verantwortlichen sind.

Heute finden entscheidende Beratungen der Parteien und der Regierung statt. Die Haltung der Parteien wird durch folgende Auslassung der Zentrums-Korrespondenz gekennzeichnet:

„Sollte es sich bewahrheiten, daß die Deutsche Volkspartei und die Demokraten sich tatsächlich absetzten wollen, dann dürfte auch für das Zentrum die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob es unter diesen Umständen in der Lage sein wird, weiter die Verantwortung allein mit der Sozialdemokratie zu übernehmen. Es muß aber ausdrücklich bemerkt werden, daß alle diese Fragen noch völlig im Fluß sind und irgendwelche Beschlüsse nach keiner Richtung hin gefaßt sind. Es ist möglich, daß die Entscheidung rasch fällt. Auf der anderen Seite wird man allerdings unter Umständen auch damit rechnen können, daß sich die Entscheidung um einige Tage hinauszieht, weil namentlich über die wirtschaftliche Bedeutung des Senner-Beschlusses und auch über dessen rechtliche Seite im besonderen unter Hinzuziehung des Friedensvertrages noch eine Reihe von Unklarheiten aufzuräumen sind. Die Hauptsache ist, jetzt nicht die Ruhe zu verlieren. Es ist selbstverständlich, daß seitens der Reichstagsparteien alles geschehen wird, was nach Lage der Sache geboten ist. Bis dahin wird man gut tun, ruhig abzuwarten. Wie wir hören, kann mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß der Rücktritt des Gesamtkabinetts erfolgen wird. Ueber die Bildung der neuen Regierung läßt sich nach dem Vorausgesagten zur Stunde noch nichts sagen. Ob es zu einer Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts, zu einer Erweiterung der Koalition oder zu irgendwelcher anderen Kombination kommen wird, wird letzten Endes, wie bereits bemerkt, von der Entscheidung in der oberösterreichischen Frage abhängen. Wie wir hören, hat sich die Mehrheitssozialdemokratie in ihrer letzten Sitzung einstimmig entschieden, aus der Koalition auszutreten, wenn die Deutsche Volkspartei die Bildung des dritten Kabinetts durch immer wieder neue Schwierigkeiten zu erschweren sucht. Soweit sich die Dinge übersehen lassen, ist die Lage im Augenblick derart, wie sie leinerzeit vor Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages in Weimar und bei der Ankunft des Ultimatums in Berlin gewesen ist.“

Aus diesen Auslassungen geht ganz klar hervor, daß die bürgerlichen Parteien auf dem besten Wege sind, ein unentwirrbares Chaos anzurichten. An Stelle der einzig möglichen Politik soll wiederum eine Politik leerer Gesten, das Fuchteln mit der verdorrten Hand treten. Schon haben die Deutschnationalen das Schlagwort vom „passiven Widerstand“ ausgegeben. Es ist ein völlig leeres und inhaltsloses Wort, aber ein sehr gefährliches zugleich, denn es bedeutet den sofortigen Konflikt nach außen. Die Deutsche Volkspartei hat das Wort schon akzeptiert, die Demokraten sind auf dem Wege dazu. Siegt diese Politik, dann bleibt für die Arbeiterklasse nur eines: sich in schärfster Kampfstellung gegen das ver-einte Bürgertum zu sammeln.

Frankreichs Absichten

Paris, 21. Oktober. (Havas.)

Der Senatspräsident Léon Bourgeois, der Vertreter Frankreichs im Völkerbundrat, gab heute abend vor Vertretern der Presse eine Erklärung über das Gutachten des Völkerbundsrates betr. Oberschlesien ab. Er sagte, der Rat habe seine Entscheidung in voller Unabhängigkeit gefällt. In erster Linie habe er sich bemüht, die Grenze so zu ziehen, daß die Minderheiten, die infolge der Teilung auf beiden Seiten der neuen Grenzlinie zurückbleiben müßten, so gering wie möglich seien. In zweiter Linie habe sich der Rat mit den wirtschaftlichen Bedingungen Oberschlesiens zu befassen gehabt. Er sei verpflichtet gewesen, die Kontinuität des Wirtschaftslebens in Oberschlesien zu sichern. Hierbei habe man sich an die Bestimmungen des Vertrages von Versailles gehalten, der in seinem Artikel 92 ausdrücklich eine Uebergangsperiode von 15 Jahren vorsieht. Durch das vom Völkerbundrat vorgeschlagene Regime sei keiner der beiden Teile dem anderen untergeordnet. Man warte jetzt auf die Antworten Deutschlands und Polens, die aufgefordert worden seien, wegen der wirtschaftlichen Fragen Bevollmächtigte zu ernennen. Am Schluß seiner Ausführungen zog Bourgeois einen Vergleich zwischen der Lage von vor zwei Monaten und der Gegenwart. Damals seien die vier Großmächte uneinig gewesen. Heute sei das Gegenteil der Fall. Wenn der Völkerbundrat nichts anderes erreichte, als das, so sei keine Arbeit nicht verloren gewesen. Er habe aber mehr getan, denn er habe gezeigt, daß man die delikatesten Probleme im Geiste der Eintracht und voller Unabhängigkeit in Angriff nehmen könne. Niemand brauche über dieses Ergebnis zu triumphieren. Es handle sich nur, und das sei schon viel, um die Verteilung des gemeinschaftlichen Gutes. Man habe Eintracht gefaßt, die Saat werde aufgehen und Früchte tragen.

Die Rede Briands

In seiner Rede, die der französische Ministerpräsident Briand gestern in der Kammer zur Beantwortung der Interpellation über die auswärtige Politik hielt, finden sich außer dem im heutigen Morgenblatt der „Freiheit“ wiedergegebenen Auszug noch folgende Stellen von Bedeutung:

Briand sprach von der Reparationsfrage. Niemals hätten die Volkswirtschaftler ahnen können, daß der Weltkrieg nach dem Kriege so in Unordnung geraten werde, und daß die Reparationspflichten sich auf Tausende von Milliarden belaufen würden. Die Finanzfrage habe einen Weltcharakter. Die Wiederherstellung des Weltverkehrs könne die ganz Welt besorgen müssen, aber man dürfe trotzdem nicht die Realisierungen aus dem Auge verlieren, die man von Deutschland erwarten müsse. Den ersten Versuchstag habe Deutschland eingehalten. Der lange Krieg habe sämtliche Staatskassen in Mitleidenschaft gezogen. Für die Einzelpersonen sei das nicht der Fall. Sie hätten sich im Gegenteil mit dem Geld bereichert. Die Lage in Deutschland sei nicht anders. Die Regierung des Reichsanzlers Wirth habe den aufrichtigen Wunsch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie habe ernsthafte Anstrengungen für die Entlastung und auch in finanzieller Hinsicht gemacht. Deutschland müsse in ausländischen Devisen zahlen. Unter den Gegnern des Dr. Wirth, so erklärte Briand, befanden sich die großen Finanzleute und die Großindustriellen; sie führten ihre Waren und ihre Kapitalien aus, kauften Fabrics und Zeitungen im Ausland und bereiteten den Bankrott Deutschlands vor. Dieser Bankrott sei nicht aufrichtig. Ganz Deutschland sei solidarisch, und man werde sich nicht täuschen lassen. (Beifalliger Beifall.) Man müsse Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern. Die Mittel, die zu diesem Ziele führen könnten, seien verwickelt. Man habe London vorgemerket, daß er Fühlung mit Rathenau genommen habe. Er habe im vollen Einverständnis mit allen seinen Kollegen gehandelt. Das Wirtschaftsabkommen würde gestatten, denjenigen Teil Deutschlands zu entlasten, mit dem man in Frieden leben könne. Die Reparationskommission und die Alliierten seien loyal von den Verhandlungen unterrichtet worden.

Briand erklärte weiter, das Abkommen verpflichte Frankreich nicht, es sei gewissermaßen eine Option. Derartige Verhandlungen hätten auf den „gesunden Teil“ der deutschen Bevölkerung die beste Wirkung ausgeübt. Es gebe in Deutschland wie in Frankreich Leute, die durch den Krieg, hydrologisch gelitten hätten und den Versuch machten, den Frieden zu befehlen. (Beifall auf zahlreichen Stühlen.)

Ministerpräsident Briand sprach alsdann über das Saargebiet und über die Rheinlande. Vom Rheinland, in dem ein Teil Verwandtschaft mit Frankreich vorhanden sei, so es ein Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung der Rheinlande verlassen wolle, oder wenn man dahin gelangen könnte, daß die Rheinlande nicht mehr von Preußen regiert würden, hätte man schon ein großes Ergebnis erzielt. Briand erinnerte daran, daß die Zolllinie am Rhein durch eine gemeinsame Entscheidung der Alliierten errichtet sei, und daß sie darauf verzichtet hätten, sobald sie ihren Zweck erreicht hätte. Die Alliierten wollten Deutschland helfen, seine Verpflichtungen auszuführen. Was hätten sie Deutschland antworten sollen, wenn es gesagt hätte: „Ihr verlangt viel Geld, aber Ihr legt unseren Handel durch die Zollgrenze lahm.“

Ueber die Lage in Deutschland erklärte Briand ferner, die Politik sei gut. Frankreich hoffe, daß diese Politik fortgesetzt werde. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, wäre ihm dies teurer zu stehen gekommen. Es hätte eine Lage herbeigeführt, die dem Kriege nahe gekommen wäre. Wenn aber die Regierung Wirth gekürzt worden wäre, und wenn die Gegner, die ano Ruher gekommen wären, erklärt hätten, sie wollten den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkennen, dann hätte Frankreich mit allen seinen Alliierten vorgehen können. Er hoffe, daß man niemals zu diesem Neugehen schreiten müsse.

Bezüglich der inneren Lage in Frankreich erklärte Briand, das Land habe einen gesunden Sinn. Die letzten Wahlen hätten auf einer erweiterten Grundlage stattgefunden. Die neuen Deputierten, die in die Kammer gekommen seien, wünschten eine leitende Regierung. Sie wollten aber keine inneren Kämpfe innerhalb der republikanischen Familie. Die Mehrheit der Kammer müsse ein Reformprogramm in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung haben. Die Republikaner achteten die Gewissensfreiheit. Aber sie wollten nicht nach rechts und nicht nach der reaktionären Seite gehen. Wenn er keine starke Mehrheit erhalte, werde er nicht nach Washington reisen. Er werde dann einem anderen die Sorge überlassen, die Staatsgeschäfte zu führen. Er habe keine Verantwortlichkeit übernommen, jetzt müsse die Kammer das Gleiche tun.

Der Präsident teilte mit, daß der Abg. Buch zum Vizepräsidenten der Kammer gewählt wurde.

Die amerikanischen Truppen am Rhein

Washington, 21. Oktober. (Reuters.)

Man erwartet, daß die amerikanischen Truppen am Rhein mit der Räumung des besetzten Gebietes innerhalb 14 Tagen beginnen werden. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß der Beginn der Räumung dem Austausch der Ratifikationen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages folgen werde.

